Hildesheimer Allgemeine Zeitung vom 08.06.2018, S.15

Kali-Gipfel vor dem Scheitern: Die beiden Minister kommen nicht

Einladung der Kreistags-Mehrheit: Lies und Althusmann sagen ab – ob der K+S-Chef und der Leiter des Bergamtes kommen, ist unklar

Von Tarek Abu Ajamieh

Giesen/Kreis Hildesheim. Mit einer Art Gipfeltreffen will die Kreistags-Mehrheit aus SPD und CDU versuchen, letzte Hürden zur möglichen Genehmigung des Kalibergwerk-Neustarts aus dem Weg zu räumen und sich „zu den wichtigen Themen zu verständigen", wie es in der Einladung heißt. Doch dazu kommt es wohl nicht: Zwei Minister haben bereits abgesagt, bei zwei weiteren wichtigen Teilnehmern ist fraglich, ob sie kommen. Für Irritationen sorgt die Art der Einladung – der Termin war im Vorfeld nicht abgestimmt.

Die Chefs der beiden führenden Kreistagsfraktionen SPD (Klaus Bruer) und CDU (Friedhelm Prior) hatten Niedersachsens Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU), Umweltminister Olaf Lies (SPD), den Vorstandschef des Konzerns Kali + Salz, Burkhard Lohr, den Präsidenten des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), Andreas Sikorski, sowie Landrat Olaf Levonen zu einem Treffen am Freitag, 15. Juni, im Kreishaus eingeladen.

„Nein", heißt es auf HAZ-Nachfrage im Umweltministerium knapp auf die Frage, ob Lies der Einladung denn folgen werde oder einen Vertreter schicke. Zudem sagt Sprecherin Sabine Schlemmer-Kaune: „Die Einladung kam überraschend, und es ist auch eher ungewöhnlich, dass ein solcher Termin nicht im Vorfeld abgestimmt wird." Das Wirtschaftsministerium vermeldet: „Der Minister kann nicht teilnehmen und auch eine Vertretung ist wahrscheinlich nicht möglich."

Irritiert zeigt sich auch K+S: Die Einladung sei überraschend gekommen. „Es gab dazu im Vorfeld weder eine Anfrage noch eine Terminabstimmung", sagt Sprecher Ulrich Göbel, der aber nicht ausschließt, dass Vorstandschef Lohr dennoch kommt: „Das entscheidet sich Anfang nächster Woche." Auch beim LBEG zeigt man sich erstaunt über die Einladung. Behördenleiter Andreas Sikorski sei im Urlaub, ob er den Termin wahrnehme, lasse sich noch nicht sagen.

Selbst mit Landrat Olaf Levonen ist der geplante Termin offenbar nicht abgestimmt: „Da habe ich Arbeitskreis Finanzen mit den Bürgermeistern, es geht um die Kitas", erklärte er auf Nachfrage. Er werde aber wohl Umweltdezernent Helfried Basse schicken.

Eingeladen. Aber auch anwesend? Bernd Althusmann, Anderas Sikorski, Burkhard Lohr und Olaf Lies (von oben links, im Uhrzeigersinn) werden nicht als Quartett nach Hildesheim kommen. FOTOS: DPA

Den Vorwurf, das Ganze schlecht vorbereitet zu haben, will sich SPD-Fraktionschef Klaus Bruer aber nicht gefallen lassen: „Wir haben auf vielfältige Weise versucht, zu einer Lösung zu kommen. Unsere Bemühungen wurden weitestgehend ignoriert, Argumente, Fragen und Lösungsvorschläge nicht beantwortet." Für ihn erhärte sich der Verdacht, „dass es nicht um eine einvernehmliche, für Ökologie und Ökonomie verträgliche Lösung geht", sondern darum, „die Wiederinbetriebnahme ohne Rücksicht auf Verluste durchzupauken." Die Versalzung von Grundwasser und Flüssen spiele dabei offenbar keine Rolle.

> Eher ungewöhnlich.
>
> **Sabine Schlemmer-Kaune,** Sprecherin des Umweltministeriums über die Art der Einladung

Strittig ist seit rund zwei Jahren die Genehmigung zur Einleitung von Salzabwasser in die Innerste. Dazu muss der Landkreis mit dem LBEG eine einvernehmliche Position finden. Davon sind beide Seiten aber noch weit entfernt. Die Kreistagsmehrheit sieht im Entwurf des Bergamtes noch verschiedene rechtliche Probleme und hält ihn weder für ausgewogen noch für gerichtsfest. Der Kreistag hatte zuvor der Kreisverwaltung, die mit dem LBEG-Entwurf einverstanden war, die Zuständigkeit entzogen.

KOMMENTAR

Von Tarek Abu Ajamieh

Entscheiden, bitte!

Die zuständigen Minister sowie die Chefs von LBEG und K+S an einen Tisch holen, um die Streitpunkte auszuräumen – das war eigentlich eine gute Idee von SPD und CDU im Kreistag. Eine solche Runde von Entscheidungsträgern hätte wohl tatsächlich die Möglichkeit, das juristisch und technisch sehr komplexe Knäuel zu entwirren.

Leute wie diese allerdings ohne Terminabstimmung einzuladen, ist naiv. Erstens wirkt es mehr wie eine Vor- als wie eine Einladung, zudem sind die Terminpläne der Verantwortlichen tatsächlich sehr voll. Nun steckt der Karren aber im Dreck: Ministerien, Bergamt und K+S sind hochgradig genervt von der Hildesheimer Kreistags-Mehrheit, die aus ihrer Sicht nur blockiert. Bruer, Prior und ihre Mitstreiter hingegen sind sauer, weil sie enorm viel Zeit in die Klärung technischer und juristischer Fragen gesteckt haben und sich als gewählte Volksvertreter nicht ernst genommen fühlen.

Und das schier endlose Gezerre droht noch viele Monate weiterzugehen. Das kann keiner wollen, egal wie er zum Bergwerk steht. Deshalb müssen alle Beteiligten ihre Egos hinten anstellen, einen gemeinsamen Termin finden und versuchen, eine Lösung zu finden.

Klappt das nicht, muss die Kreistags-Mehrheit die Einleit-Genehmigung eben ablehnen. Dann entscheiden wohl die Gerichte. Hauptsache, es entscheidet mal jemand.